

Leukämiestudie gestern in Auftrag gegeben

Bremer Institut untersucht Krankheitsrisiken in Deponienähe

Rehburg-Loccum/Hannover (r). Eine wissenschaftliche Untersuchung der Häufigkeit von Blutkrebs – Leukämie und Lymphome – bei den Einwohnern der Kreise Nienburg und Schaumburg hat das niedersächsische Sozialministerium jetzt in Abstimmung mit dem Umweltministerium in Auftrag gegeben. Nachdem bereits 1990 eine vergleichbare Studie im Landkreis Minden-Lübbecke erarbeitet worden war, werde nun der Ring um die Sonderabfalldeponie Münchehagen geschlossen. Das hat gestern der Sprecher des Sozialministeriums mitgeteilt, nachdem der Vertrag zwischen dem Ministerium und dem Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) unterzeichnet worden war.

Im Rahmen dieser Untersuchung solle die Frage geprüft werden, ob die Umgebungsbelastung durch Schadstoffe aus der Deponie bei den Anwohnern zu einem erhöhten Erkrankungsrisiko für Blutkrebs führt, erläuterte der Ministeriumssprecher. Die Datenerhebung beginnt am 7. Januar und wird den Zeitraum von 1984 bis 1990 umfassen.

Das beauftragte Institut wird mit Unterstützung der Ärztekammer Niedersachsen, der Krankenhäuser, der niedergelassenen Ärzte und der Gesundheitsämter der betroffenen Landkreise alle entsprechenden Erkrankungsfälle ermitteln. Personenbezogene Daten werden nur insoweit erhoben, als sie zum Ausschluß von Doppelerfassungen benötigt werden. Anschließend sollen alle Daten nach den Auflagen des niedersächsischen Datenschutzgesetzes anonymisiert werden. Ein erster Zwischenbericht, so der Sprecher, werde Mitte des Jahres erwartet, der Schlußbericht im Herbst.

Darüber hinaus soll im Laufe des Jahres mit der Untersuchung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Kinder, die in den

an die Deponie angrenzenden Gemeinden aufwachsen, begonnen werden, ergänzte der Ministeriumssprecher. Damit wird durch die neue Landesregierung eine Forderung erfüllt, die namhafte Toxikologen bereits im Herbst 1988 anlässlich einer mehrtägigen Expertentagung in der Evangelischen Akademie Loccum erhoben hatten.

Von den Untersuchungen verspricht sich die Landesregierung eine objektive Entscheidungshilfe bei der Frage, ob die Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung der Sonderabfalldeponie Münchehagen ausreichend sind, um negative Auswirkungen auf die Gesundheit der örtlichen Bevölkerung auszuschließen.

Wahren der Samtgemeinde Uchte